

Forschungsbericht zur schweizerischen Raiffeisenbewegung 1880–1950

Im Auftrag der Raiffeisen Schweiz Genossenschaft untersuchten die Historikerin Verena Rothenbühler und die Historiker Oliver Schneider und Florian Schwabe unter der Leitung von Gregor Spuhler, dem Leiter des Archivs für Zeitgeschichte, die Anfänge der schweizerischen Raiffeisenbewegung. Im Fokus standen die Frage nach einem allfälligen Antisemitismus in der schweizerischen Raiffeisenbewegung und Raiffeisen zur Zeit des Nationalsozialismus. Der Forschungsbericht geht auch auf Friedrich Wilhelm Raiffeisens Aussagen über das Judentum ein. Dieser hatte die nach ihm benannten Darlehenskassen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland gegründet.

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

F. W. Raiffeisen (1818-1888)

Die Untersuchung von F. W. Raiffeisens Haltung gegenüber dem Judentum kann sich nur auf wenige Quellen stützen, da viele Dokumente vernichtet wurden. In seiner grundlegenden Schrift von 1866 skizzierte der ehemalige preussische Beamte ein Reformprogramm, das die wirtschaftliche und soziale Lage der ländlichen Bevölkerung verbessern sollte. Dabei propagierte er Darlehenskassen als zentrales Mittel der Selbsthilfe. Obwohl er 1866 Juden nicht explizit erwähnte, wies er unmissverständlich auf ihre angeblich negative Rolle im Kreditgeschäft hin. Der als «jüdisch» konnotierte «Wucher» war in F. W. Raiffeisens Denken eine Konstante, die im Laufe der Zeit an Bedeutung gewann.

1880 gab F. W. Raiffeisen in einem verwaltungsinternen, unveröffentlichten Bericht über die soziale Lage in Oberschlesien zahlreiche antisemitische Stereotype wieder – von der angeblichen «jüdischen Weltherrschaft» bis zu den Juden als potenziellen «Krebsgeschwüren» am «Organismus des Volkes». Diese Äusserungen sind schwer von der damaligen «Judenhetze» radikaler Antisemiten zu unterscheiden.

Kurz danach publizierte F. W. Raiffeisen seinen Grundsatzartikel «Zur Judenfrage». Dabei lehnte er sich zwar an den erwähnten Bericht an und verlangte, dass Juden sich nicht im Handel oder im Finanzwesen betätigen, sondern «productiven Arbeiten» nachgehen und sich «assimilieren» sollten. Gleichzeitig aber distanzierte er sich von der «Judenhetze», die im Berliner Antisemitismusstreit kulminierte war. Anders als im unveröffentlichten Bericht stellte er in der Öffentlichkeit dem negativen Verhalten «vieler Juden» auch positive Beispiele gegenüber. F. W. Raiffeisen engagierte sich nicht in der antisemitischen Bewegung und forderte keine Einschränkung der Rechte der Juden; die Statuten seiner Darlehenskassen schlossen Juden nicht aus.

F. W. Raiffeisens Aussagen über die Juden offenbarten zwar viele Vorurteile, aber keine konsistente Ideologie. Sie widerspiegeln eher die Virulenz und Widersprüchlichkeit der damaligen Diskurse über die «Judenfrage», das heisst, über die politische Gleichberechtigung und die Stellung der Jüdinnen und Juden in der christlichen Mehrheitsgesellschaft Deutschlands. F. W. Raiffeisens Engagement ging weit über die Bekämpfung des «Wuchers» hinaus. Er wollte die Lebensbedingungen der verarmten Bevölkerung verbessern, denn er sah die christlichen Werte und die traditionelle Ordnung durch die «sociale Frage», die als Folge von Liberalisierung und Modernisierung entstanden war, akut bedroht. Anders als radikale Antisemiten machte er dafür trotz seiner antisemitischen Vorurteile aber nicht die Juden verantwortlich und setzte die «sociale Frage» nicht mit der «Judenfrage» gleich. Vielmehr kritisierte er in erster Linie das Versagen des Christentums angesichts der Armut und Not breiter Bevölkerungskreise. Sein Diktum im Bericht über Oberschlesien, die Darlehenskassen hätten ihr Entstehen allein dem Kampf gegen den «Wucher» der Juden zu verdanken, war ein von ihm selbst konstruiertes antisemitisches Gründungsnarrativ, welches die komplexe historische Realität ebenso wie die Vielschichtigkeit seiner eigenen Motive stark vereinfachte, in der Folge aber eine beträchtliche Wirkungsmacht entfaltete.

Die Raiffeisenbewegung in der Schweiz (1880-1950)

F. W. Raiffeisens Idee der Darlehenskassen wurde von deutschen Wissenschaftlern um 1870 in der Schweiz rezipiert. Sie setzten sich – ebenso wie die damaligen ökonomischen Gesellschaften – mit der Landwirtschaft und dem Kreditwesen auseinander. Juden und «Wucher» spielten in diesen Diskussionen der Bildungseliten keine Rolle. Hingegen begrüßte der Berner Regierungsrat Edmund von Steiger, ein früher Promotor der Raiffeisenkassen, die Darlehenskassen 1888 als wirksame Massnahme gegen «jüdischen Wucher».

Schon vor der Gründung der offiziell ersten Raiffeisenkasse in Bichelsee 1899 wurden Darlehenskassen mit Berufung auf das System Raiffeisen gegründet, doch blieb es bei Einzelinitiativen. Um 1900 aber nahm die Idee unter der Führung einer Generation junger sozialreformerischer Katholiken rund um den Theologen Josef Beck Fahrt auf. Der Pfarrer Johann Traber und der Jurist Georg Beck koordinierten die Aktivitäten und gründeten 1902 den aus zehn lokalen Kassen bestehenden Schweizerischen Raiffeisenverband. In der Folge entstanden hauptsächlich in ländlichen katholischen Gebieten zahlreiche Kassen. Zentrale Akteure waren die katholischen Männer- und Arbeitervereine und eine überschaubare Zahl von Pfarrern und Lehrern, die in den Dörfern Vorträge hielten und zur Kassengründung aufriefen.

In diesem konfessionellen und sozialpolitischen Milieu waren judenfeindliche Vorurteile weit verbreitet. Dies zeigen die Schriften verschiedener Akteure der frühen Raiffeisenbewegung. Vereinzelt überlieferte Reden weisen darauf hin, dass anlässlich der Propagierung der Kassen in den Dörfern teilweise antisemitische Stereotype verbreitet wurden. Es wurde jedoch eher auf Deutschland verwiesen, wo F. W. Raiffeisen die deutschen Bauern vom «jüdischen Wucher» befreit habe; ein konkreter Bezug zur wirtschaftlichen Realität der Schweizer Landbevölkerung – etwa zu jüdischen Viehhändlern oder Kreditgebern – wurde kaum hergestellt.

Die Untersuchung fand keine Hinweise darauf, dass Antisemitismus in der Geschäftstätigkeit des Schweizerischen Raiffeisenverbandes oder einzelner Kassen eine spezifische, über das allgemeine gesellschaftliche Klima hinausgehende Rolle gespielt hätte. Dafür, dass mit den Raiffeisenkassen Juden aus dem Kreditgeschäft ausgeschaltet werden sollten, finden sich keine Belege. Die Statuten der Darlehenskassen schlossen Juden nicht aus; in der jüdisch geprägten Gemeinde Endingen (AG) beteiligten sich auch Juden an der Raiffeisenkasse. In den Protokollen des Schweizerischen Raiffeisenverbandes und den Unterlagen der lokalen Kassen gab es keine Hinweise auf Juden oder irgendwelche antisemitischen Überlegungen oder Praktiken. Schliesslich war der Schweizerische Raiffeisenverband aufgrund der Beschränkung der Geschäftstätigkeit aufs Inland auch nicht in die Raubwirtschaft des nationalsozialistischen Regimes involviert.

Nach dem Ersten Weltkrieg überschritt die Raiffeisenbewegung die Grenzen des katholischen Milieus und wandelte sich – protegiert von Ernst Laur, dem Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes – zu einer bäuerlichen Bewegung. Dies zeigen die Profile der Funktionäre des Raiffeisenverbandes ebenso wie die Auswertung der beiden Verbandszeitschriften «Schweizerischer Raiffeisenbote» und «Le Messenger Raiffeisen». Bis zum Ersten Weltkrieg hatten die soziale Lage von Bauern und Arbeitern und die Kritik am Kapitalismus und Liberalismus in den Zeitschriften einen festen Platz. Nach dem Ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution erfolgte die Integration der Raiffeisenbewegung in den sogenannten Bürgerblock, der von Antikommunismus und einer klaren Abgrenzung von der Arbeiterbewegung geprägt war. In den frühen 1930er-Jahren führte diese politische Positionierung dazu, dass die autoritären Regimes in Italien, Österreich und Deutschland sowie deren wirtschaftspolitische Reformen im «Raiffeisenboten» auf wohlwollendes Interesse stiessen. Auch wurden hin und wieder Artikel aus ausländischen Zeitschriften kommentarlos übernommen, die eine klare antisemitische Stossrichtung hatten. Gegenüber dem NS-Regime, das die deutsche Raiffeisenbewegung «gleichschaltete», bestand jedoch bald Distanz. Deutliche Kritik wurde im «Raiffeisenbote» allerdings erst nach Kriegsende artikuliert, während der französischsprachige «Messenger» das NS-Regime und auch seine Judenpolitik bereits 1938 klar verurteilte. Diese Befunde beruhen auf einer vollständigen Durchsicht der beiden Verbandszeitschriften, die insgesamt aber nur sehr wenige politische Artikel publizierten. So lassen sich kein kohärentes ideologisches Profil oder eine bestimmte politische Programmatik des Schweizerischen

Raiffeisenverbands identifizieren; für diesen standen in der Zwischenkriegszeit die Professionalisierung und Etablierung des Bankgeschäfts nach dem System Raiffeisen auf nationaler Ebene im Vordergrund.

3. Fazit

Der Forschungsbericht fand keine Hinweise darauf, dass Antisemitismus in der Geschäftstätigkeit des Schweizerischen Raiffeisenverbands und der Raiffeisenkassen eine Rolle gespielt hätte. Er stellt aber fest, dass im gesellschaftspolitischen Milieu, in dem sich die Raiffeisenbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts etablierte, Antisemitismus weit verbreitet war. Ausdruck und Überrest davon ist das antisemitische Gründungsnarrativ vom «jüdischen Wucher», von dem F. W. Raiffeisen die deutschen Bauern befreit habe, und das sich auch in der Schweiz verfestigte. Diese Erzählung wurde während Jahrzehnten wiederholt und gehörte bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zum festen Bestand der Raiffeisengeschichte.

Zürich, April 2024